

Kitagutscheine bis zu 500 Franken? Bringt kaum etwas, findet Avenir Suisse

Kinderbetreuung Der liberale Thinktank übt Kritik an den geplanten Gutscheinen für Eltern. Die Schweiz mache «eher zu wenig als zu viel», kontert eine SP-Politikerin.

Anna Luna Frauchiger

Künftig sollen Eltern, die ihre Kinder in die Kita geben, vom Bund monatlich Betreuungsgutscheine im Wert von 100 bis 500 Franken erhalten: So will es das neue Kitagesetz, das voraussichtlich im Januar 2027 in Kraft tritt. Finanziert würden die Gutscheine von den Kantonen, die dafür auch bei den Arbeitgebern Beiträge erheben dürften.

Erstmals werde die Finanzierung der externen Kinderbetreuung auf nationaler Ebene geregelt – ein «historischer Schritt», sagte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth Anfang März. Doch noch ist nichts sicher: Der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband prüfen offenbar ein Referendum gegen das Kitagesetz, die Frist läuft.

Auch der liberale Thinktank Avenir Suisse hält wenig von der geplanten Lösung. Die Verantwortlichkeit für die vorschulische Betreuung sei heute schon zwischen den Kantonen und Gemeinden vermischt: «Ein permanentes Bundesengagement würde die Zuständigkeiten weiter verwässern», schreibt Avenir Suisse in einer Analyse, die heute erscheint.

«Es braucht klare Zuständigkeiten»

Dass sich der Bund in die frühkindliche Betreuung einmische, entspreche nicht dem Föderalismusprinzip, sagt Patricia Schafer. Die Ökonomin ist eine der Autorinnen des Papiers von Avenir Suisse. «Es braucht klare Zuständigkeiten», sagt sie.

Die Zürcher SP-Nationalrätin Min Li Marti widerspricht: «Wenn alle Kantone und Gemeinden ge-

währleisten würden, dass es genügend bezahlbare Kitaplätze gibt, bräuchte es kein Bundesgesetz. Aber das ist nicht der Fall.»

In seiner aktuellen Form sei das Kitagesetz nur ein minimaler Eingriff des Bundes, so Marti weiter. Die Kantone stellen die Betreuungsgutscheine aus, Bundesgelder fliessen dafür keine – anders als es die Initiative der SP ursprünglich vorgesehen hätte. «Aus unserer Sicht macht der Bund eher zu wenig als zu viel», sagt Min Li Marti.

Regulierungen «schiessen übers Ziel hinaus»

Avenir Suisse übt auch Kritik an den Westschweizer Kantonen: Diese würden die Kitas so stark regulieren, «dass übers Ziel hinausgeschossen wird». Die Studienautorinnen verweisen etwa auf den Kanton Waadt, der vorschreibt, welche Bodenbeläge in einer Kita erlaubt sind – es sind Parkett, Linoleum oder Novilon – und wie hoch die Fenster sein müssen. In der Westschweiz gelten auch die höchsten Anforderungen ans Personal und an die Zahl der Betreuungspersonen, namentlich in den Kantonen Waadt, Genf und Wallis.

In der Romandie und im Tessin sind die Kitas zudem günstiger als in der Deutschschweiz, wie eine Studie der Credit Suisse 2021 gezeigt hat. Aber: «Dass die Kosten für die Eltern tief sind, heisst nicht, dass das System effizient ist», sagt Patricia Schafer von Avenir Suisse. Die Kosten für die öffentliche Hand liessen sich laut dem Thinktank senken. Die vielen Regulierungen schränkten ausserdem die «Angebotsvielfalt» ein, sagt Schafer.



Kontroverses Thema: Tut der Bund zu viel oder zu wenig für günstige Kitaplätze? Foto: Christian Pfander

Sandrine Bavaud findet es nicht sinnvoll, Kitas zu stark in einen Wettbewerb zueinander zu setzen. Sie ist Generalsekretärin von Pro Enfance, dem Verband für Kinderbetreuung in der Romandie. Die Erziehung von Kleinkindern sei kein Markt wie jeder andere. Mit ihren Regeln wollten die Westschweizer Kantone lediglich eine hohe Qualität der Betreuung gewährleisten.

Wer genau soll Gutscheine für die Betreuung erhalten?

Zu den hohen Kosten sagt Sandrine Bavaud: «Gute Kinderbetreuung ist auch eine Investition.» Wenn Eltern ihre Kinder extern betreuen lassen, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, fördere das die Wirtschaft. «Langfristig bringt das dem Staat Mehreinnahmen.» Gemäss einer Studie der Jacobs Foundation zum Beispiel würde ein Ausbau der Kitas in der Schweiz das BIP jährlich um rund 3,4 Milliarden steigern – bei Investitionen von knapp 800 Millionen Franken.

Die Studienautorinnen von Avenir Suisse zweifeln am wirtschaftlichen Nutzen von Kitas: Verschiedene Studien würden zeigen, dass «Frauen im Schnitt nur wenig mehr arbeiten, wenn der Staat einen Teil der Betreuungskosten übernimmt».

«Wenn aber die Kitapolitik auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie zielt, dann gilt es, konsequent zu sein», sagt Ökonomin Schafer. Der Bund knüpfe aber seine Zulagen bloss daran, dass eine Person erwerbstätig sei. Laut Avenir Suisse müsste auch die Höhe des Pensums eine Rolle spielen – wie es heute bereits in gewissen Gemeinden der Fall ist.